Auskünfte über alle Fragen erteilt die Geschäftsstelle Leipzig, Braustraße 27-29.

Mitteilungen

der Interessengemeinschaft der Auswanderer-Organisationen nach

Sowjet-Rußland

Zentrale Leipzig, Braustraße 27-29.

Versammlungsberichte und sonstige Mitteilungen für die Presse müssen bis Dienstag abend der Geschäftsstelle Leipzig, Braustraße 27-29, zugehen. Inserate müssen direkt beim Verlag Räte-zeitung aufgegeben werden.

Die Schwenkung nach Osten

Dämmerung! Nicht Ideal-Dämmerung, sondern Profitdämmerung. Die Pinkebesorgung aus dem Westen, die Materialbesorgung aus dem Westen: das wird immer zweifelhafter. Unzweifelhafter aber wird die Lieferungskraft Rußlands. Einige Baltiker, sogenannte Demokratie-Verteidiger, Anti-Diktatoren und Großgeldschlucker, mühen sich noch krampfhaft, den Frieden mit Rußland zu hintertreiben. Irgendein Keronskianer, den man wahrscheinlich herausgeschmissen hat aus Rußland, rührt die Bestechungstrommel und ruft neues Geld in die austrocknenden antibolschewistischen Korruptionskassen.

Dieses Schauspiel für mammonistische Götter, dieser antibolschewistische Tanz um das Kalb, wird bereichert durch Rechts-U. S. P.-M mit. Plötzlich entdecken die Menschewiken der Berliner „Freiheit" ihr sowjet-russisches Herz. Nirgends existiert ein Backen, der so plump auf zwei Stühlen sitzt. Gestern noch wurde die ganze Autorität Kautskys, die bürgerliche und ihre pazifistischen Fortsetzungen im sozialdemokratischen Lager bejubelt, gegen Sowjetrußland aufgeboten. Gegen den sogenannten Terror, sogar gegen die marxistische Diktatur. Es wurde österreichische Politik in Deutschland getrieben, d. h. Opportunitätspolitik, Mache-Politik, Rechts- und Links-Politik. Jeder deutsche Zeitungsmann kennt den Schlabberjournalismus, der aus Wien nach Deutschland importiert wird. Man könnte Verschiedenes von dieser Versauung der deutschen Presse erzählen. Gerade der Internationalist wird verlangen, daß zwar eine Grundsatzpolitik, aber auch eine Politik aus Kenntnissen heraus getrieben wird. Vom österreichischen Journalismus kommen selten Kenntnisse und Grundsätze nach Deutschland. Die kommen wohl aus Rußland, nicht aber aus Oesterreich. Es gibt Ausnahmen, und wir kennen sie, aber der Schlabberjournalismus ist die Regel.

Man erinnert sich also, daß man vor dem Kriege aus Rußland allerlei bezogen hat und daß man auch fernerhin allerlei beziehen kann. Man folgt jetzt der Statistik Lloyd Georges, der, informiert von seinem Kopenhagener Vertreter, die Bestände Rußlands an Getreide, Butter, Flachs usw., die Getreidemöglichkeiten, die Buttermöglichkeiten usw. aufzählt. Man vergißt Luzern, die Leipziger Jammereien gegen Sowjetrußland, die menschewistischen Verdunkelungen, die Inanspruchnahme jedes Rausgeworfenen für die Hetze gegen Sowjetrußland. Selbstverständlich ist der Backen sozusagen für eine „Verständigung" mit Sowjetrußland eingetreten. Aber wir haben niemals den wahren Sinn dieser verwässerten Donau-Politik verkannt.

Also man erinnert sich an die Tatsache, daß wir im Jahre 1913 für 1,4 Milliarden Mark direkt aus Rußland bezogen haben, nicht gerechnet die Güter, die durch Zwischenhandelsländer nach Deutschland gingen. Man erinnert sich, daß für 300—400 Millionen Mark Gerste jährlich hereinkam (heute 6—7 Milliarden), für 80 Millionen Mark Eier (heute mindestens 1,6 Milliarden), für 63 Millionen Mark Butter (heute mindestens 1,20 Milliarden). Roggen, Weizen, Hafer, Holz, Pferde, Erbsen, Hanf, Schweine, Mais, Saaten und noch allerlei kam aus Rußland nach Deutschland.

Auch heute kann Rußland allerlei liefern. Man braucht ihm nur die Gegenseitigkeit anzubieten. Vor dem Kriege lieferten wir u. a. elektrische Vorrichtungen, Glühlampen, Nähmaschinen, Oefen, Chemikalien, Pflüge, landwirtschaftliche Maschinen, Motorwagen und Sonstiges nach Rußland. Jetzt stürmen die Industriehaischer Herrn Kopp, dem Vertreter Sowjetrußlands in Berlin, das Hau'. Eine „Studienkommission", die die Pinkemöglichkeiten beriechen soll, wird zusammengebracht. In diese Kommission werden auch zwei Vertreter der Interessengemeinschaft der Auswandererorganisationen nach Sowjetrußland hineingehen, damit wenigstens die wirkliche Solidaritätsidee nicht völlig verschandelt wird. Die deutsche Regierung aber, oder was man so Regierung nennt, zwinkert hintenherum Beifall und verkriecht sich vor der Entente.

Was ist nun aus der Hetze gegen Sowjetrußland geworden, aus der in Paris beschlossenen und von Deutschland unterstützten militärischen Intervention, der Blockade, dem Verleumdungshagel, der Durchdringung Rußlands mit Formaldemokratie? Auf der Versailler Friedenskonferenz waren schon die Zweifel an dem Erfolg gegen Sowjetrußland sichtbar, aber das Ententekapital, Deutschland voran und hinterher, gab das Spiel noch nicht verloren.

Ein Jahr noch brauchte man, um zu der Unmöglichkeitserkenntnis zu kommen. Man hoffte auf das russische Transportland. Man mußte zugeben, daß Krassin, früher Leiter der russischen Siemens-Schuckert-Werke, unter den unerhörtesten Schwierigkeiten außerordentliche Transportleistungen zustande brachte. Man sah die [illegible] von 1919, man sah den Binnenflottenbau, die immer besser funktionierende Staatskontrolle, die eifrige Sozialpolitik der Sowjetrepublik, den Beginn der Ausnutzung der Uralreichtümer (Roheisen, Eisen- und Stahlprodukte, Gold, Platin, Kupferbarren, Steinkohlen), man sah die Riesenarbeit Lunatscharskis, man sah den Zusammenbruch der gegenrevolutionären Heere, man sah die Bedrohung des fernen Ostens, und man besann sich auf die Realitäten.

Welch Unsinn über Rußland zusammengelogen worden ist, geht aus folgenden Aeußerungen Litvinoffs in Kopenhagen (bei der Verhandlung mit O'Grady) hervor: „Die Bauern konnten während 6 Jahren ihre Vorräte nicht abliefern. Wir müssen ihnen Fertigfabrikate bieten, damit sie ihr Getreide herausgeben. Getreideeinfuhr braucht Rußland nicht, sogar nach Petersburg braucht kein Getreide eingeführt zu werden. Lebensmittel sind reichlich in Sibirien wie auch in anderen Teilen Sowjetrußlands vorhanden. Infolge der bolschewistischen Siege kann ein großer Teil des roten Heeres zurückgezogen und mit Erb- und Fabrikarbeiten beschäftigt werden. Rußland kann mit Gold bezahlen und ist imstande, für Lieferungen Konzessionen zu machen. Die Länder, die zuerst mit Rußland Handelsverbindungen anknüpfen, sollen die Meistbegünstigung erhalten."

Die Meistbegünstigung erhalten. Aber in Deutschland schlägt man sich, während Kinderarmeen von Unterernährung und Seuchen hingerafft werden, um die Formaldemokratie. Die Nationalisten, die gestern noch Antibolschewismus mit Baltikumtruppen gemacht haben, wollen heute die russische Stärke zum Kampf gegen die Entente benutzen. Aus einigen bürgerlichen Blättern, beispielsweise aus der Frankfurter Zeitung, kommt der Ruf: Wie lange noch will man warten? Wie lange noch will man Schleichwege gehen und nicht offen sich zum wirtschaftlichen Verkehr mit Rußland bekennen?

Es gibt keine andere Möglichkeit als die Ostmöglichkeit. Das sagen wir seit einem Jahre. Aber man hat mißhört, mit Flammenwerfern formal-demokratisiert, eingesperrt, bespitzelt, gemüllert. Getan hat man nichts. Die Meistbegünstigung lag auf dem Teller, aber man hat sie nicht geommen. Man hat nach Westen geschoben, vom Westen geschoben, doch die ehrliche Hand Sowjetrußlands hat man nicht gefaßt. Das rächt sich jetzt, wenn nicht das deutsche Proletariat die furchtbare Sünde dieser Regierung wieder gutmacht. Wenn nicht die Arbeiter, die schon vor langer Zeit die Notwendigkeiten begriffen und in der Organisation der Auswanderer nach Sowjetrußland eine von der Berliner „Freiheit" bespöttelte, aber tatsächlich kernhafte Solidaritätsinstitution geschaffen haben, denn Karren wieder aus dem Dreck ziehen.

Dieser Wahnsinnmuß ein Ende haben.

Selbst diejenigen, die die Frieden Liebenden auffordern, ihre Kriegspflicht zu erfüllen, wagen nicht länger militärische Expeditionen zu fordern. Sie müssen sehr wohl, daß die Völker, weit davon entfernt, frische Streitkräfte hinüberzusenden, ihre eigenen erschöpften Truppen zurückrufen wollen: Wir schämen uns in Odessa der französischen Neger? Der Plan, den jetzt die „Times„ aufstellen, besteht darin, die Bolschewisten auszuhungern, während man sie ringsrum mit wohlgenährten Bevölkerungen umgibt. Man erhofft, daß der Anblick dieser vollgeschlagenen Bäuche sie von ihrem Glauben abbringen würde. Aehnlich wie in jener entsetzlichen Geschichte bei Poe, wo die Stahlwände eines Raumes sich immer enger um das darin befindliche Opfer zusammenschlossen. Wahrhaftig, eine christliche Antwort auf die „Schrecknisse des Bolschewismus".

Aber woher nimmt man das Recht, Rußland zu blockieren? Wann erklärten wir Rußland den Krieg, warum treiben wir dies Land in die Arme Deutschlands? Dieser Wahnsinn muß ein Ende haben! Nicht mit Waffen oder Blockaden wollen wir in Rußland intervenieren, sondern mit Lebensmitteln und Freundschaft! Wir müssen Rußland das Recht zugestehen, das es für alle fordert — das Recht der Selbstbestimmung.

(Schluß einer Rede Israel Zangwills, gehalten in der Albert-Hall, London, am 8. Februar 1919.)

*

Unverfrorenheit.

Die Frankfurter Vertretung des Reichswanderungsamtes schreibt der „Frankfurter Zeitung": „Der im März 1919 in Leipzig gegründete Verein „Ansiedlung Ost" entfaltet eine rührige Tätigkeit, so daß in der Presse oft seiner erwähnt wird. Da es sich um eine Auswanderung nach Rußland handelt und der Vereinigung „Ost" von der Moskauer Regierung im Gouvernement Wjatka Landstrecken von 3000 Quadratkilometer zur Verfügung gestellt sind, so erklärt sich, daß bereits 14- bis 16 000 auswanderungslustige Personen sich der Ansiedlung „Ost" angeschlossen haben. Nun liegt dieses Gebiet westlich vom Ural zwischen 55—60 Grad nördlicher Breite und 45—55 Grad östlicher Länge, hat sieben Monate Winter, ein rauhes Klima, besteht teils aus Sumpf, teils aus Waldgegend und ist für Ackerbau kaum geeignet. Die Bahn Petersburg — Jekaterinburg durchschneidet das Gouvernement Wjatka. Es ist geradezu verbrecherisch, Deutsche in jene Gebiete zu locken, zumal die Wahrscheinlichkeit vorliegt, daß die Auswanderer bei den sehr verworrenen Zuständen in Rußland ihr Ziel nicht erreichen werden und auf der Fahrt und Wanderung in jenen menschenleeren Gegenden elendiglich zugrundegehen!" — Bevor der Vertreter des Reichswandereramtes polemisiert, soll er sich gefälligst über das, wogegen er wettert, unterrichten. Was er der „Frankfurter Zeitung" mitgeteilt hat, ist Unsinn. Der Herr hätte genügend Informationsgelegenheit gehabt: Ganz abgesehendavon, daß seineAngaben über dasSiedlungsgebiet falsch sind, kann sich die deutsche Regierung vor dem völkerrechtlichen Abschluß des Siedlungsvertrages mit Sowjetrußland über alle Siedlungsbedingungen an Ort und Stelle unterrichten. Es wird nicht gelockt und keine Heimlichkeit wird unternommen. Es ist eine Unverfrorenheit, der Sowjetregierung, die eine proletarische Regierung ist, die Teilnahme an einer „verbrecherischen" Verlockung deutscher Proletarier, also Brüder, in unwirtliche Gegenden zu unterstellen. Und diese Unterstellung ist ebenso unverfroren der deutschen Auswandererorganisation gegenüber, die der Vertreter nicht einmal kennt. Verbrecherisch ist es, deutschen Proletariern die Auswanderung nach Columbien und derartigen Pestgegenden zu empfehlen. Die politische Dummheit, die aus der Information des Reichswanderungsamtes spricht, wollen wir nicht näher beleuchten. Sie gehört dazu.

*

Dagegen hat die Reichszentrale für Heimatdienst nach einem Vortrag des Kapitän Gallus im großen Saale der „Erholung" in Hamburg am 16. Februar folgende Resolution einstimmig angenommen: „Der durch den 4½jährigen Krieg hervorgerufenen Unterernährung kann nur durch schnellste Einführung von Lebensmitteln Einhalt geboten werden. Desgleichen braucht die Industrie kolossale Mengen von Rohprodukten. Die hierzu erforderlichen Mengen ist nur Sowjet-Rußland imstande zu liefern. Deshalb fordern wir die sofortige wirtschaftliche Verständigung mit Sowjet-Rußland." Vorher hatte Genosse Blüthner (Hamburg) unter lebhafter Zustimmung für Rußland und den Ansiedlungsverein Ost gesprochen.

Etwas mutiger, Herr Müller!

Auf die Frage nach dem staatsrechtlichen Verhältnis zwischen Deutschland und Sowjetrußland bemerkt Herr Kopp, der Sowjetvertreter in Berlin, einem Redakteur des Osteuropa-Dienstes gegenüber, daß Rußland und Deutschland sich im Friedenszustande befinden, der allerdings durch keinen Friedensvertrag geregelt ist. An Hand des Versailler Friedensvertrages ist zwar die deutsche Regierung verpflichtet, in alle Abmachungen, die die Entente mit Sowjetrußland oder mit Teilen des ehemaligen russischen Reiches abschließen wird, einzuwilligen, ein Handelsverkehr aber zwischen Deutschland und Sowjetrußland kann unabhängig von jeder weitergehenden vertraglichen Regelung schon jetzt einsetzen, da die Entente weder Deutschland zwingen kann, mit Rußland Krieg zu führen, noch in der Lage ist, den deutschen Waren den Weg nach Rußland zu verlegen, nachdem sie selbst beschlossen hat, in Wirtschaftsbeziehungen mit Sowjetrußland zu treten. Wie dieser Handelsverkehr im Einzelnen sich abspielen wird, das ist allerdings im Voraus noch schwer zu bestimmen. Der Umweg, den die Entente über die Konsumgenossenschaften gewählt hat, und zwar aus politischen Gründen, wird baldigst durch den direkten Verkehr mit den staatlichen Organisationen Sowjetrußlands abgelöst werden, schon allein aus dem Grunde, weil die Konsumgenossenschaften ihrer ganzen Struktur nach gar nicht in der Lage sind, als Träger der Staatswirtschaft aufzutreten. Dieser Umweg ist also für Deutschland gar nicht notwendig. Denn nichts hindert beide Länder in direkten Verkehr miteinander zu treten. Daß dieser Verkehr, wie seine Formen auch im einzelnen beschaffen sein mögen, unbedingt auf der Grundlage staatlicher Organisationen, bzw. Kontrolle aufgebaut sein muß, ist für jeden einzelnen unbedingt klar. Eine „wilde" Ein- und Ausfuhr liegt weder im Interesse Deutschlands, noch kann sie für Rußland in Betracht kommen.

*

Kapitalistische und kommunistische Produktionssteigerung.

Speck oder kommunistische Samstage?

„Die Entschädigung, die für die Ueberschicht (im Kohlenbergbau) geleistet wird, muß natürlich hoch sein. Sie müßte für die Bergarbeiter einen starken Anreiz bilden. Es wird ein Lohnzuschlag von 100 Prozent für die Arbeiten unter Tage und ein Zuschlag von 50 Prozent über Tage gewährt. Geld allein aber macht auch die Bergarbeiter nicht glücklich. Sie müssen Gelegenheit haben, sich für dieses Geld Lebensmittel zu kaufen. Wenn deshalb den schwer arbeitenden Bergarbeitern Sonderzuweisungen an Brot und Fett bewilligt worden sind so dürfte das von der übrigen Bevölkerung durchaus verstanden und gebilligt werden." (Aus einer Unterredung des Reichskanzlers Bauer mit einem Redakteur der „Deutschen Allgemeinen Zeitung").

„Erst beweise einer seine Fähigkeit im Interesse der Gesellschaft, im Interesse aller Werktätigen unentgeltlich zu arbeiten die Fähigkeit, revolutionäre Arbeit zu tun, die Fähigkeit, die Produktivität der Arbeit zu steigern, mustergültig zu arbeiten — und dann erst mag er auf den Namen „Kommune" Anspruch erheben. In dieser Hinsicht bedeuten die „kommunistischen Samstage" wertvolle Ausnahmen, denn hierbei haben die Handarbeiter und die Eisenbahner der Moskau-Kasan-Linie zuerst durch die Tat bewiesen, daß sie fähig sind, als Kommunisten zu arbeiten, und haben für ihre Initiative den Namen „kommunistische Samstagsarbeiter" verdient.

Man muß danach streben und es so weit bringen, daß auch fernerhin jeder Einzelne, der sein Unternehmen „Kommune" nennt, ohne durch schwere Arbeit und praktischen Erfolg der langen Arbeit die Mustergültigkeit und kommunistische Grundlage derselben bewiesen zu haben, unbarmherzig ausgelacht und als Schwindler und Hohlkopf an den Pranger gestellt wird." (Aus Lenins Schrift: „Die große Initiative".).

Hier ist der Unterschied Bauer — Lenin. Hier ist der Weltenunterschied Kapitalismus — Kommunismus. Der Kapitalismus kauft die Arbeitskraft, der Kommunismus befreit sie mit seiner Idee. Bauer — Lenin, hier ist eine Unüberbrückbarkeit. Der Kapitalismus kauft die Arbeitskraft oder hat keine Bedenken, denen, die nach dem kommunistischen Ideal angespannter Arbeitsleistung streben, „die Knochen entzwei zu schlagen." (Rede Noskes in einer Hamburger Versammlung von Delegierten, Betriebsräten und Vertrauensleuten der S. P. D. Hamburg.)

•

Krassin.

Krassin, ein Sibirier von 45 Jahren, früher Leiter der russischen Siemens-Schuckert-Werke, ist der Administrator der russischen Eisenbahnen. Er hatte mit ungeheuren Schwierigkeiten zu kämpfen. In den ersten Zeiten der Umwälzung war es fast unmöglich, irgendeine Arbeit durchzuführen oder irgendeine Sache richtig in Betrieb zu halten. Auch Feinde der Bolschewisten nennen Krassin einen großen Organisator. Tatsache ist: das Transportwesen funktioniert. Rußland will große Mengen Lokomotiven kaufen und mit Waren oder Gold bezahlen. Das zeigt die (naturgemäß) immer noch bestehenden Schwierigkeiten. Aber das Transportwesen ist grundsätzlich geregelt, erheblich besser als in Deutschland. Als in Deutschland, wo man zwar Reichseisenbahnen macht, aber die Eisenbahner aus den Werkstätten sperrt, und trotz allen Versicherungen, daß es besser geht, nicht vorwärts kommt. Ebenso wenig vorwärts kommt, wie man mit den Kohlenüberschüssen das Produktionsziel erreichen wird.

•

Religions-Idealismus.

Die Ausscheidung des Religionsunterrichtes aus den Lehrfächern des Schulprogramms hat gewiß einige Reibungen zur Folge gehabt, die jedoch nicht dermaßen wesentlich waren, wie man erwarten konnte. Ich möchte einen äußerst bezeichnenden Umstand nicht unerwähnt lassen. Das Gesetz erlaubt den Priestern, in Privaträumen privaten Religionsunterricht zu erteilen. Originell ist, daß ein solcher Unterricht fast nirgends stattfindet. Ich führe eine Ziffer an, die diesen Umstand illustrieren mag: im Kreis Galitch des Gouvernements Kostroma, aus welchem das betreffende Material vorliegt, kommen auf 150 Dörfer mit Schulen nur 13 Dörfer, in welchen Privatunterricht in der Religion erteilt wird.

Dadurch läßt sich aber ein so unpassender Verfall des Religionsunterrichtes erklären? Er ist dadurch zu erklären, daß die Priester trotz all ihres sinnbodigen Eifers sich wehren, die Bauernkinder umsonst zu unterrichten, die Väter aber weigerten sich trotz ihrer Vorliebe für die herrschende Religion, für den Unterricht zu zahlen. Wir können also mit Bestimmtheit sagen, daß die nächste Generation fast ganz frei von allen religiösen Vorurteilen aufwächst.

Lunatscharski.

•

Der polnisch- Anderkauf.

Wie der Osteuropa-Dienst aus Warschau meldet, hat die Flucht vor der polnischen Mark in Verbindung mit dem Sturz der polnischen Währung ganz katastrophale Dimensionen angenommen. Die Spekulation feiert Orgien. Man kauft alles. Durch die große Nachfrage liegen die Kurse der Aktien täglich um Hunderte von Punkten, doch hält diese Steigerung nicht Schritt mit der Entwertung der Valuta. Die Vorgänge in Polen übertreffen selbst an grotesker Spekulationswut die letzten Zusammenbruchs-Erscheinungen des alten Oesterreich. Das Entente-Kapital nützt diese Lage nach Kräften aus. Die Kohlen- und Eisenindustrie ist wieder völlig unter französischen Einfluß gekommen. In der Lodzer Industrie versuchen die Amerikaner festen Fuß zu fassen, wobei auch englisches und italienisches Kapital, namentlich in Spinnereien, Einfluß sucht. Die Aktienmehrheit der galizisch-karpathischen Gesellschaft fiel gleichfalls an die Franzosen. Die in Lille gegründete Aktiengesellschaft mit einem Kapital von zehn Millionen Francs zur Ausbeutung der galizischen Naphthaquellen macht sich bereits bemerkbar durch eine alles in den Schatten stellende Spekulation in Bohrrechten, die besonders unter der polnischen Bauernschaft wie ein Fieber grassiert. Bezeichnenderweise registriert die polnische Presse alle diese Vorgänge mit müder Resignation. Der Zusammenbruch steht bevor.

•

Der litauisch-polnische Gegensatz.

Aus Kowno wird gemeldet, daß sich in letzter Zeit die an und für sich schon gespannten Beziehungen zwischen Polen und Litauen noch weiter verschärft haben. Die Aufforderung der polnischen Presse für den Randstaatenbund, deren versöhnlichem Tone das provokatorische Auftreten der polnischen Behörden in Wilna direkt entgegensteht, ist mit größtem Mißtrauen aufgenommen worden. Man weist in litauischen Kreisen darauf hin, daß Polen eine große Agitation mit Lettland und den übrigen Randstaaten entfalten möchte, um eine Rückendeckung für seine annexionistischen Ansprüche Litauen gegenüber zu gewinnen. Die Stimmung in Litauen ist überwiegend für sofortigen Friedensschluß mit den Bolschewiki und für engeren wirtschaftlichen und politischen Anschluß mit ihnen zum Schutze gegen Polen.

•

Nationalisierung der Schuhwarenfabriken in Rußland.

Das Präsidium des Obersten Volkswirtschaftsrates hat die Nationalisierung von 12 Moskauer Schuhwarenfabriken „Rutsj", „Mossjk", „Bina", „Leviten", „Buffalo", „Orjel", „Stilin und Luzki", „Gebrüder Saitzew", „Zebaschow", „J. J. Schewkin", „Jakobson" und „Kolpachinski" beschlossen.

Es wurde beschlossen, alle diese Unternehmungen der Leitung des Moskauer Städtischen Volkswirtschaftsrates zu entziehen und für der Zentralverwaltung für Leder zu übertragen mit der Maßgabe, daß letztere eine besondere Verwaltung für diese Unternehmungen zu organisieren hat.

•

Pädagogische Kurse in Moskau.

In der Moskauer Universität sind pädagogische Kurse für die Lehrer der ersten Schulstufe eröffnet worden. Der Kursus dauert ein Jahr und soll dazu dienen, die Lehrer über die Ziele der einheitlichen Arbeitsschule und die neue Lehrmethode genau zu informieren. Besondere Aufmerksamkeit wird den Naturwissenschaften, dem Zeichnen und Modellieren gewidmet.

•

Kurse für Geschäftsführer und Archivare in Moskau.

Von der Hauptverwaltung der Archive sind Kurse zur Ausbildung von Geschäftsführern und Archivaren eröffnet worden. Die Kurse dauern vier Monate. Bei der Aufnahme werden solche Hörer bevorzugt, die jetzt schon auf diesem Gebiet tätig sind.

•

Die Kulturarbeit in Sowjetrußland.

Aus Tschelabinsk wird mitgeteilt, daß dort eine intensive kulturelle Arbeit geleistet wird. Es sind in letzter Zeit fünf Dörfer-Kluben für die Soldaten der Roten Armee eröffnet worden, ferner pädagogische Kurse zur Ausbildung von Dorfschulhelferinnen. Vor wenigen Wochen ist ein Theater eröffnet worden. Dem Theater ist eine Schule für dramatische Kunst und eine Malschule angegliedert worden.

Satzungen
der Interessengemeinschaft der Auswandererorganisationen nach Sowjet-Russland

I. Name, Sitz und Zweck der Interessengemeinschaft.

§ 1.

Die Interessengemeinschaft führt den Namen Interessengemeinschaft der Auswanderer-Organisationen nach Sowjet-Rußland.

§ 2.

Der Sitz der Interessengemeinschaft ist Leipzig.

§ 3.

Zweck der Interessengemeinschaft ist, die Interessen der angeschlossenen Vereinigungen und deren Mitglieder zu vertreten und zwar durch:

1. Die schnellsten Auswanderungsmöglichkeiten nach Sowjet-Rußland herbeizuführen.
2. Sämtliche Verhandlungen mit der deutschen und russischen Sowjet-Regierung zu erledigen.
3. Alle Maßnahmen zu treffen, die die Auswanderung erleichtern.
4. Sämtliche Nachrichten wirtschaftlicher und politischer Natur über Sowjet-Rußland zu publizieren.
5. Den ausgewanderten Kolonisten die heimatlichen Rechte zu vertreten.

II. Beitritt und Beiträge.

§ 4.

Der Interessengemeinschaft kann jede Auswanderervereinigung beitreten, die

1. sich nach dem Rätesystem aufbaut
2. und aus Mitgliedern besteht, die physische Arbeit gewöhnt sind.

Ueber den Beitritt entscheidet der Vollzugsrat.

§ 5.

Jede angeschlossene Vereinigung hat folgende Beiträge abzuführen:

1. für jedes Mitglied 20 Pfg. pro Monat. Die Abrechnung muß bis zum 10. jeden Monats erfolgen.
2. Extrabeiträge, die vom Vollzugsrat oder Reichskonferenz beschlossen werden.

III. Organisation und Verwaltung.

§ 6.

Die Verwaltung der Interessengemeinschaft setzt sich zusammen aus:

a) Kontrollkommission,
b) Vollzugsrat,
c) Reichskonferenz

Kontrollkommissionen.

§ 7.

Die Kontrollkommission besteht aus drei Mitgliedern der angeschlossenen Vereinigungen, sie wird auf der Reichskonferenz gewählt und darf keine Funktion im Vollzugsrat ausüben. Sie kann zu jederzeit die Finanzen prüfen.

Vollzugsrat.

§ 8.

Der Vollzugsrat ist die geschäftsführende Instanz der Interessengemeinschaft und vertritt die Interessengemeinschaft nach innen und außen. Er setzt sich aus Vertretern der einzelnen Vereinigungen zusammen, und besteht mindestens aus 7 Personen.

§ 9.

Die angeschlossenen Vereinigungen finanzieren die Vertreter zu den Vollzugsratssitzungen selbst.

§ 10.

Zur Erledigung der Geschäfte scheidet der Vollzugsrat einen geschäftsführenden Ausschuß aus, dieser ist dem Vollzugsrat für seine Arbeiten verantwortlich.

Reichskonferenz.

§ 11.

Die Reichskonferenz ist die oberste beratende und beschließende Instanz. Sie setzt sich zusammen aus:

1. Vertretern der Vereinigungen,
2. des Vollzugsrats,
3. Kontrollkommission.

Auf je 500 Mitglieder entfällt ein Vertreter, die Wahl erfolgt geheim, die Vereinigungen finanzieren ihre Vertreter selbst.

§ 12.

Der Vollzugsrat ist verpflichtet, auf der Reichskonferenz genauen Bericht zu erstatten. Derselbe hat nur beratende Stimme auf der Reichskonferenz.

§ 13.

Die Reichskonferenz muß halbjährlich stattfinden.

Außerordentliche Reichskonferenz.

§ 14.

Dieselbe muß stattfinden

a) wenn diese der Vollzugsrat einstimmig beschließt,
b) wenn zwei Drittel der angeschlossenen Vereinigungen dieses verlangen.

Wahlperiode.

§ 15.

Anfang Januar und Juli müssen die Mitglieder des Vollzugsrates gewählt werden. Eine Wiederwahl ist zulässig. Die Funktionäre können zu jeder Zeit abberufen werden.

Rechtliches.

§ 16.

Den Mitgliedern des Vollzugsrates wird Rechtsschutz gewährt bei Anklagen, welche sie sich infolge ihrer Tätigkeit für die Interessengemeinschaft zuziehen.

IV. Austritt und Auflösung.

§ 17.

Der Austritt einer Vereinigung kann nur erfolgen, wenn ein diesbezüglicher Beschluß durch Urabstimmung gefaßt wird und zwei Drittel der Mitglieder dafür stimmen.

Ein Rechtsanspruch auf dem Vermögen der Interessengemeinschaft steht den Vereinigungen nicht zu.

§ 18.

Die Interessengemeinschaft kann sich nur auflösen

a) wenn drei Viertel der Vereinigungen dafür stimmen,
b) die Auflösung als 1. Punkt auf der Tagesordnung der beschließenden Reichskonferenz steht,
c) wenn sämtlichen Vereinigungen 2 Wochen vorher die Tagesordnung Einschreiben per Post übermittelt wird.

§ 19.

Die Reichskonferenz, welche die Auflösung beschließt, hat auch über das Vermögen der Interessengemeinschaft zu beschließen.

Presse.

§ 20.

Publikationsorgan ist das Mitteilungsblatt der Interessengemeinschaft, welches der Rätezeitung beigelegt wird.

Versammlungsberichte der Interessengemeinschaft

Berlin-Brandenburg

Lichtenberg.

Am Dienstag, den 17. Februar 1920, fand im Lokal von Reicht, Weserstraße 9, unsere 2. Mitgliederversammlung statt. Der 1. Vorsitzende, Genosse Zimmermann, eröffnete die Versammlung unter Vorlesung der Tagesordnung. Auf dieser stand:

1. Erstattung von 15 Mark für die Delegiertenentsendung nach Sowjet-Rußland.
2. Wahl der Funktionäre zur Verteilung der „Räte-Zeitung".
3. Aufklärung über den Sprachkursus.
4. Verschiedenes.

Zu Punkt 1 hatte Genosse Zimmermann Anordnung bekommen, die 15 M. einzusammeln. Hiergegen ergriff Genosse Kunzel das Wort und erklärte, daß es durch Uneinigkeiten im Zentralrat geboten wäre, die Entsendung der 15 M. vorläufig fallen zu lassen. Hiermit erklärten sich die Mitglieder einverstanden.

Zu Punkt 2 wurden die Genossen Conrad Alfons und Leininger Otto gewählt.

Zu Punkt 3 ergriff Genosse Schütze das Wort und erbat sich für Lichtenberg einen Kursus unentgeltlich einzurichten. Er gab gleichzeitig eine kleine Aufklärung über das russische Alphabet, und betonte ausdrücklich, daß es nicht darauf ankommt, die russische Grammatik zu erlernen, sondern nur soviel zu lernen, daß man sich für den täglichen Bedarf verständigen kann.

Zu Punkt 4 führte Genosse Kunzel an, daß in allen Bezirken die Auffassung herrscht, Gruppe Berlin wolle sich von der Zentrale Leipzig absondern. Wahrnehmung ist, daß sich innerhalb des „Zentralrates Gruppe Berlin" eine Zersplitterung bemerkbar gemacht habe. Genosse Kunzel führte weiter aus, daß sie gar nicht daran gedacht hätten, sich von Leipzig zu trennen. „Es haben sich Mitglieder in unserem Zentralrat eingeschlichen, die versuchen, eine andere Strömung hineinzubringen." Er sagte weiter, daß es keinen Zweck hätte, die Genossen namhaft zu machen, da ja der 18. Februar (Zentralratssitzung) alles aufs Tapezlicht bringen wird. Ferner ermahnte er die Funktionäre zur Vorsicht bei der Aufnahme neuer Mitglieder. „Wir müssen an jeden herantreten und ihn auf Herz und Nieren prüfen, ehe wir daß schreiben, ihn in unsere Reihen einzufügen."

Nach Schluß der Tagesordnung wurden noch 18 Aufnahmen gemacht.

Neukölln.

Versammlung vom 17. Februar 1920.

Die Mitglieder beschäftigten sich ausschließlich mit dem Aufbau der Organisation. Es wurden Vorschläge angenommen, die vom Genossen Schmidt als Vorsitzenden formiert wurden. Es erfolgte Einteilung in Unterbezirke, so daß Neukölln jetzt zwei Bezirke hat. In der Frage des Delegierten nach Rußland wollen die Kollegen erst nähere Aufklärung haben. Sie stehen auf dem Standpunkt, daß die Leipziger Delegierten das ganze Reich vertreten können. Einzelne Kosten dazu wollen sie gern tragen. Außerdem wurde eine Zeitungskommission gebildet, so daß es auch in dieser Hinsicht vorwärts gehen wird. Die Bewegung in Neukölln schreitet rüstig voran.

Das Kriegsmuseum in den Autogen-Werken.

Uns wird geschrieben: In Ihrer Nummer vom 9. Februar 1920 lese ich in einer „Berichtigung" des Vorstandes der Autogen-Werke Lichtenberg im Abätz 2: „Der Arbeiterrat der Fabrik hat sich durch sachverständige Waffenmeister in Gegenwart eines Mitgliedes des Vollzugsrates davon überzeugt, daß die vorgefundenen Waffen unbrauchbar waren und nach der ganzen Art ihrer Zusammensetzung ausschließlich für wissenschaftliche Zwecke gesammelt waren."

Hierzu bemerke ich, daß ich als alter Maschinengewehrmonteur festgestellt habe, daß unter anderen zehn fast neue Flugzeugmaschinengewehre mit luftgekühltem Mantel (Deutsche Waffen- und Munitionsfabrik Wittenau) vorhanden waren. Diese zehn Stück waren gleichen Systems und bis auf die Einführung des Patronengurtes schußfertig. Ich habe dann persönlich die Schlösser herausgenommen und zur Beruhigung der Arbeiterschaft dem Betriebsrat übergeben.

Paul Wegmann.

Unternehmerreklame für Arbeiter-Bildungseinrichtungen.

Man schreibt uns:

Die „Chemische Industrie", ein Unternehmer-Fachblatt, brachte in ihrer letzten Nummer vom 11. 2. 20. folgende Notiz, die wir der Nummerbarnis wegen nur auszugsweise wiedergeben:

„Zum Betriebsrätegesetz.

„Wie sich die Arbeiter auf das Betriebsrätegesetz vorbereiten.

„Bald nach Annahme des Betriebsrätegesetzes konnte man an den Plakatsäulen Berlins folgende Ankündigung lesen:

Rätesschule der Groß-Berliner Arbeiterschaft
Kursusbeginn:
(folgt Aufzählung der Kurse.)
Schullokal: 24. Gemeindeschule, Hinter der Garnisonkirche 2, Bahnhof Börse.

Gewiß ein reichhaltiges Programm, das dem Wissensdrang der Arbeiter alle Ehre macht; nur fragt es sich, ob der Brimi dieser Kurse ausreichen wird, um die Kenntnisse der Arbeiter in wirtschaftlichen und geschäftlichen Dingen so zu erweitern, daß die Arbeiter ausreichend gerüstet sein werden, um die Interessen der Arbeiterschaft in geschäftlichen und technischen Fragen sachgemäß zu vertreten. Immerhin gibt dieser Vorgang zu denken, denn er beweist, daß die Arbeiter damit ernst machen wollen, bei der „Förderung" der Produktion ein Wort mitzureden — mit welchem Erfolg freilich, das muß die Zeit lehren.

•

Die Ritter der chemischen Industrie irren, wenn sie glauben, daß die Rätesschule ein Kind des Betriebsrätegesetzes ist. Die Ausübung der aus ihm für die Arbeiterschaft sich ergebenden geringen Rechte ließe sich ermöglichen ohne einen so großen Aufwand, wie ihn die Rätesschule darstellt. Etwas weiter ist ihr Ziel gesteckt. „Werfen Sie auf, meine Herren Industriemagnaten!" Die Rätesschule soll der Arbeiterschaft alle die Kenntnisse und Fähigkeiten vermitteln, die sie in den Stand setzen, bei einem zweiten 9. November — gleichgültig ob er in 100 oder 200 Jahren kommt — die Zügel der politischen und wirtschaftlichen Macht so fest in die Hand zu nehmen, daß aller Verrat und alle Reaktion scheitern an der Tüchtigkeit und dem Willen des Proletariats, seine Diktatur durchzuführen. Ueber die Gründlichkeit der Durchbildung bis zur ausreichenden Befähigung in geschäftlichen Dingen machen Sie sich nur keine Rosinen. Dafür wird die Arbeiterschaft schon selber sorgen.

Im übrigen haben Sie, meine Herren, durch ihre Reklame eine erst kürzlich begangene Sünde wieder ausgeglichen. Vor einiger Zeit haben wir in der „Räte-Zeitung" Klage geführt, daß eine Anzahl von großindustriellen Unternehmungen ihren Arbeitern, die durch die Post übersandten Unterrichtspläne der Rätesschule unterschlagen hat. Fehlgeschlagen wurde dies hoffentlich bei einigen Firmen der Chemischen Branche.

Wir quittieren die Wiedergutmachung dankend, indem wir die Arbeiterschaft hier nochmals auffordern, von den durch die Rätesschule gebotenen Durchbildungsmöglichkeiten regen Gebrauch zu machen.